

KAPITEL 06

---

# STARKE FAMILIEN.

---



Damit Gerechtigkeit für Alt und Jung  
möglich wird!

## 6. STARKE FAMILIEN

### Damit Gerechtigkeit für Alt und Jung möglich wird!

Jedes Jahr verlassen 90.000 junge und gut ausgebildete Menschen unser Bundesland. Jedes Jahr haben wir mehr mit den Folgen einer überalterten Gesellschaft zu kämpfen. Wir brauchen eine Politik, die junge Menschen zum Hierbleiben motiviert und alte Menschen nicht alleine lässt. Eine Politik, die Arbeitsplätze und erschwinglichen Wohnraum schafft, bei der Kinderbetreuung unterstützt und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung bietet. Für die ländlichen Räume brauchen wir speziell zugeschnittene Konzepte, um dem demographischen Wandel zu begegnen. Familien sind in der heutigen Zeit ein wichtiger Anker im hektischen Alltag. Alles unter einen Hut zu bringen stellt viele Familien vor Herausforderungen. Dies selbstbestimmt zu bewerkstelligen, bedarf einer gesellschaftlichen Debatte und gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Wir GRÜNE wollen Familien stärken und sehen in den nächsten Jahren dafür viel Handlungsbedarf. Alle Kinder sollen sich frei und an ihren Bedürfnissen orientiert entwickeln können. Eltern fühlen sich oft verheizt zwischen Arbeit, Partnerschaft, Kindern, Freizeit, Ehrenamt und immer häufiger Pflege. Auch die ältere Generation möchte am Gemeinwohl teilhaben und mitgestalten.

Die Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ des Landtages hat viele gute Handlungsempfehlungen in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Bildung, Arbeit und Ehrenamt entwickelt. Sie tragen eindeutig eine GRÜNE Handschrift. Wir wollen diese Empfehlungen auf den Weg bringen und umsetzen, jedoch für alle – egal ob jung oder alt. Den wichtigen Bereich der zukünftigen Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen wollen wir in einer Enquete-Kommission stärker herausarbeiten.

#### 6.1 Kinderbetreuung verbessern

In unserem Bundesland gibt es 1.059 Kindertageseinrichtungen (Kitas), die unsere Kinder betreuen. Doch nirgendwo sonst in Deutschland muss eine Erzieherin oder Erzieher mehr Kinder betreuen als in unserem Land. Das wollen wir ändern!

55 Prozent der Eltern in Mecklenburg-Vorpommern sind nicht zufrieden mit ihren Mitsprachemöglichkeiten in den Kindertageseinrichtungen, etwa beim Erstellen des Speiseplanes oder bei der Gestaltung der Ferienbetreuung. 40 Prozent der Eltern sind mit der Qualität des angebotenen Essens generell nicht zufrieden. Mehr als der Hälfte der Eltern ist das Essen sogar zu teuer.

In unseren Augen muss das Kindertagesstättenförderungsgesetz (KiföG) überarbeitet werden. Weil das Thema sehr komplex ist, möchten wir eine Expertenkommission unter Berücksichtigung folgender Institutionen einberufen: Städte- und Gemeindetag MV e.V., Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in MV e.V., Landkreistag MV e.V., Gewerkschaft GWE und Kommunalen Sozialverbund MV. Diese sollen gemeinsam mit den Fachpolitikerinnen und -politikern der demokratischen Landtagsfraktionen die Überarbeitung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes beraten.

### **Zur Novellierung des KiföGs wollen wir, dass:**

- das Mitspracherecht der Eltern gestärkt werden soll, indem das Bilden von Elternräten auf Kreis- und Landesebene unterstützt wird und im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit diese zu fördern.
- der Betreuungsschlüssel in der Krippe und im Hort gesenkt wird, da für Kinder mit Inklusionsbedarf nicht geklärt ist, wie die Inklusion hier erfolgen soll.
- die Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung verbessert und an internationale Standards angepasst werden muss. Dafür wollen wir eine dual orientierte Ausbildung schaffen, welche die bisherige schulische Ausbildung ablösen soll. Parallel wollen wir auch im Land bereits bestehende Studienangebote wie Early Education ausbauen.
- Erzieherinnen und Erzieher, sowie Tagesmütter und Tagesväter kontinuierlich weitergebildet werden müssen, etwa zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern und ihren Eltern.
- es das Ziel sein muss Kitaplätze kostenfrei in MV anzubieten.

### **Darüber hinaus wollen wir auch neue Ansätze verfolgen und:**

- die gesunde Kita-Verpflegung durch ein Landesprogramm fördern. Die Verpflegung muss dabei die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erfüllen.
- Familienzentren aufbauen, in denen alle Generationen umfassend beraten und betreut werden. So werden auch in der Fläche Angebote ausgebaut und gebündelt.
- einen Ausbau der Tagespflege fördern.

---

## **6.2 Jugendarbeit stärken – nicht verwalten**

Kinder und Jugendliche brauchen Plätze zum Spielen und ihren Freiraum. Doch gerade auf dem Land fehlt es an geeigneten Räumlichkeiten und Kinder- und Jugendprojekten. Kinder und Jugendliche werden allzu oft sich selbst überlassen.

Wir GRÜNE wollen das Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJfG M-V) ändern. Dazu wollen wir zusammen mit dem Landesjugendring und den Jugendverbänden die beste Lösung ausarbeiten. Unser Ziel ist, die Kinder- und Jugendarbeit in den ländlichen Regionen zu stärken und eine eigenständige Jugendarbeit möglich zu machen.

Wir GRÜNE sehen das Sozialministerium in der Pflicht, gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag die Jugendämter zu beraten und bei Bedarf auch zu steuern. Dies ist in der Vergangenheit nur bedingt erfolgt. Deshalb setzen wir uns für eine größere Verantwortung des Sozialministeriums in der Kinder- und Jugendpolitik ein.

### **Wir machen uns stark für:**

- eine größere Unterstützung der Jugendverbandsarbeit.
- eine Entbürokratisierung beim Antragsstellungsverfahren, sodass Fördermittel für kinder- und jugendpädagogische Projekte leichter beantragt und schneller bearbeitet werden können.
- die strukturelle Absicherung der Schulsozialarbeit.
- eine alternative selbstverwaltete Jugendarbeit und alternative Jugendzentren. Diese sollen in Zukunft stärker gefördert werden.
- den Erhalt von Jugendeinrichtungen und einen Investitionsfonds für den Erhalt dieser Einrichtungen.
- die Wiedereinführung eines unabhängigen Jugendberichts als Basis zur Entwicklung und Steuerung nachhaltiger Kinder- und Jugendpolitik.
- den Ausbau der internationalen Jugendarbeit.

---

## 6.3 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Anforderungen an unsere Wohnungen sind so unterschiedlich wie die Menschen in unserem Land. Wir brauchen in Zukunft mehr altersgerechte Wohnungen und Wohnraum für generationenübergreifende Wohngruppen, auch und gerade in den ländlichen Räumen. An den Hochschulstandorten muss den besonderen Bedürfnissen der Studierenden Rechnung getragen werden. Familien mit Kindern brauchen Wohnungen und ein Wohnumfeld, dass die Entwicklung ihrer Kinder fördert.

Dieser Wohnraum muss für alle bezahlbar bleiben und die Nebenkosten dürfen nicht weiter zu einer zweiten Miete werden.

### Wir brauchen:

- einen vom Land geförderten sozialen Wohnungsbau und ein Landesförderungs-programm für altersgerechtes Wohnen.
- Wohnberatungsstellen, die beim altersgerechten Umbau von Wohnraum mit Rat und Hinweisen zur Seite stehen.
- ein Förderprogramm für alternative Wohn- und Betreuungskonzepte älterer und pflegebedürftiger Menschen, um die Selbstständigkeit der Betroffenen bestmöglich zu erhalten.
- eine Pflicht in der Landesbauordnung, dass Neubauten im öffentlichen Raum barrierefrei zu errichten sind.
- Förderprogramme für Wärmedämmung und Energie-Effizienz, um die Nebenkosten bei Mieten zu senken.
- Unterstützung für alternative und generationenübergreifende Wohnprojekte.
- ein Ende der staatlichen Förderung des Rückbaus von Wohnraum.

---

## 6.4 Gesundheits- und Pflegepolitik – gut versorgt von Mensch zu Mensch

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stellen neue Ansprüche an ihre gesundheitliche Versorgung. Mehr ältere, oft chronisch und mehrfach erkrankte Bürgerinnen und Bürger haben ihre Kinder und Enkel nicht vor Ort, die sich um sie kümmern können. Auch wenn die Bevölkerungsdichte in vielen ländlichen Regionen abnimmt, müssen Krankenhäuser und Arztpraxen wohnortnah erreichbar bleiben. Die Gesundheits- und Pflegelandschaft in Mecklenburg-Vorpommern muss sich weiter entwickeln, damit auch in Zukunft noch eine gute Versorgung aller Patienten gewährleistet ist. Von der rot-schwarzen Landesregierung sind dazu in den letzten Jahren kaum Initiativen ergriffen worden. Wir GRÜNE hingegen wollen uns diesen Herausforderungen stellen und eine moderne Gesundheits- und Pflegepolitik für Mecklenburg-Vorpommern vorantreiben.

### Für die allgemeine Gesundheitsversorgung bedeutet dies, dass wir:

- eine Versorgungsplanung schaffen wollen, die Krankenhäuser und niedergelassene Ärztinnen und Ärzten sowie andere Gesundheitsberufe gemeinsam denkt, Merkmale von Strukturqualität definiert und eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung stärkt. Angebote zur allgemeinen Versorgung und spezialisierte Zentren sollen sich sinnvoll ergänzen und miteinander verzahnt werden. Die Investitionskostenförderung für Krankenhäuser soll erhöht werden.
- eine unabhängige Patientenberatung vor Ort sicherstellen und Selbsthilfe-Initiativen fördern wollen.
- die psychosozialen Beratungsstellen (Suchtberatung, Schuldnerberatung, allgemeine Sozialberatung, Selbsthilfekontaktstellen) erhalten und wenn notwendig ausbauen wollen.

Damit die Beratungsstellen Planungssicherheit haben, wollen wir deren Finanzierung von einer Projektförderung auf eine institutionelle Förderung umstellen, beispielsweise im Rahmen eines Beratungsstellengesetzes.

- eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung in Mecklenburg-Vorpommern etablieren, die die tatsächlichen Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung ermittelt.
- regionale Gesundheitskonferenzen schaffen, als ein regelmäßig tagendes Expertengremium, die Präventions- und Versorgungsangebote vor Ort planen und koordinieren.
- neue Versorgungsformen wie Gesundheitszentren oder telemedizinische Lösungen im Rahmen eines Landesförderprogrammes ausbauen wollen, um Lücken in der Versorgung zu schließen. Wir wollen Polikliniken oder telemedizinische Lösungen, etwa in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft, ausbauen, um wohnortnahe Versorgungsangebote vorhalten zu können.
- die Bildung von Demenz-Netzwerken unterstützen wollen. Diese sollen helfen die Betreuung, Pflege und gesundheitliche Versorgung der Betroffenen so miteinander zu verzahnen, dass diese möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.
- wohnortnahe und mobile Palliativ- und Hospizdienste ausbauen und die Gründung von Hospizen erleichtern wollen.

### **Für die Gesundheitsversorgung unserer Kinder und Jugendlichen sowie ihren Eltern bedeutet dies, dass wir:**

- eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung im Bereich der Geburtshilfe und der Kinder- und Jugendmedizin sicherstellen wollen. Dazu gehört für uns GRÜNE auch eine ausreichend finanzierte Hebammenbegleitung vor, während und nach der Geburt. Wir wollen eine landesweite Kampagne „Natürliche Geburt – selbstbestimmt, sicher, wohnortnah“ umsetzen. Falls Umstrukturierungen der Krankenhauslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert werden, setzen wir uns für Modelllösungen wie etwa den hebammengeführten Kreißsaal oder Eltern-Kind-Zentren ein. Hierfür sollen Unterstützungsstrukturen, wie Fortbildung, Beratung und Begleitung, zur Verfügung gestellt werden. Jede Frau soll über den Geburtsort selbstbestimmt entscheiden können.
- den Aufbau von interdisziplinären Kinderschutzambulanzen und -gruppen fördern, die bei Verdacht von Kindermisshandlungen oder -missbrauch kompetent unterstützen können.
- uns dafür einsetzen, dass die Zahl der niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Psychiaterinnen und Psychiater – besonders für Kinder und Jugendliche – steigt, soweit der Bedarf besteht. Niemand soll mehr als 18 Wochen auf einen Termin warten müssen!
- im gesamten Bundesland den Aufbau von Krisendiensten unterstützen, die in seelischen Krisen niedrigschwellig Unterstützung bieten.
- Präventionsangebote fördern und ausbauen, um besonders belastete Gruppen wie Zeitarbeiter und berufstätige Eltern von Kleinkindern zu unterstützen. Ebenfalls wollen wir Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung – besonders in Kleinbetrieben – etablieren.

**Für Pflege, Medizin und Gesundheitsberufe bedeutet dies, dass wir:**

- die Attraktivität der Pflegeberufe stärken wollen, indem wir uns für innovative duale Studien- und Ausbildungskonzepte einsetzen.
- die Einführung einer Pflegekammer unterstützen, um die Interessenvertretung der Pflegeberufe zu stärken.
- auch in MV die Akademisierung von Gesundheitsberufen (wie etwa die Physiotherapie) voranbringen werden.
- die Lehrstühle für Allgemeinmedizin in Rostock und Greifswald sowie die Pflegewissenschaften an den Hochschulen des Landes erhalten und ausbauen.
- überprüfen wollen, ob die vorübergehende Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze den Mangel an Ärztinnen und Ärzten lindern kann.

Die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen muss sich konsequenter am Hilfebedarf und an den Wünschen der Teilhabeberechtigten orientieren und Inklusion fördern. Der UN-Behindertenrechtskonvention folgend muss es auch Menschen mit einem hohen Betreuungsbedarf ermöglicht werden, in ihrer eigenen Wohnung selbstbestimmt zu leben. Wir setzen uns für den Ausbau von ambulanten Unterstützungsleistungen ein.